

Protokoll des 1. Bundesparteitages, 14/5. November 2015: Anlage 4

Tätigkeitsbericht: Parteivorsitzender Christoph Hörstel

Liebe Freundinnen und Freunde,

Wie ich schon in der Begrüßung gesagt habe, diese Partei hängt hauptsächlich wegen meiner Arbeitsleistung in der Programmausführung. Wir sind spät dran. Ich habe für den Bundeswahlleiter ein Papier vorbereitet. Da geht es darum, wann erscheinen welche Programmanteile in den nächsten Monaten bis zum nächsten Herbst. Der Hintergrund ist einfach und eigentlich jedem klar, bis zur Bundestagswahl 2017 müssen alle Programmanteile auf dem Tisch liegen. Die Anforderungen gehen natürlich noch ein bisschen weiter. Wir brauchen, wie alle teilnehmenden Parteien, vor der Bundestagswahl in der Vorbereitungsphase schon einen Bundesparteitag, um alle bis dahin fertig gestellten Programmanteile tatsächlich auch beschließen zu lassen, förmlich. Denn das Verfahren geht ja laut dem Parteiengesetz über den Parteitagsbeschluss. Es reicht nicht, so wir das im Vorgriff machen, bevor wir es online stellen, dass wir die Mitglieder befragen in einer lockeren Form wo jeder sich äußern kann, und kann seines dazu tun. Wir haben inzwischen auch ein Intranet auf dem man sich dann über diese Dinge austauschen kann und kann dazu Arbeitsgruppen gründen. Das ist der Hintergrund auf dem wir wissen müssen es wird ab jetzt das Programm sehr eng. Normalerweise, wenn wir nicht eine sich verschlimmernde Zuwandererwelle nach Deutschland gehabt hätten, die dann inzwischen beim mitzählen, die vierte große Auseinandersetzung war, die mit der Bundesregierung stattgefunden hat in den letzten zwei Jahren. Davor war es, das ist auch relativ klar, war es die Ukraine-Geschichte mit Russland, dann hatten wir den sich verschlimmernden Syrien Krieg, die Kriegsgefahr mit Russland, auch das ist ja einer von den Punkten gewesen. Und wenn wir weiter rückwärtsgehen, was da gewesen ist, dann ist es auf jeden Fall die Auseinandersetzungen um TTIP, TISA und CETA um den zusammenbrechenden Euro. Auch das sind ja sehr wichtige Dinge, die wir uns so nicht gefallen lassen können. Ich will mal gar nicht sehr großartig bewerten, dass ja auch ich sehr frühzeitig schon 2006, 2007 offiziell unterrichten durfte bei der Bundeswehr, über Terrormanagement unserer NATO-Regierung die eben keinen Krieg gegen Terror führen, sondern in Wahrheit den Terror weltweit managen und spätestens seit gestern und vorgestern, seit Paris wissen wir, dass das interne, das staatsinterne Terrormanagement der NATO-Regierungen jetzt auf eine ganz neue Stufe kommt. So dass wir also tatsächlich sagen müssen, ist eigentlich das große U-Bahn-Attentat von London jetzt der Höhepunkt dieses Terrormanagements, oder müssen wir jetzt an Paris denken. Denn wenn wir nur die Grundtatsachen sehen, kommt sofort der Verdacht, dass auch hier staatliche Stellen dahinterstecken könnten. Wir müssen das eindeutig in unsere Rechnung mit einbeziehen wenn wir eine unkontrollierte Flüchtlingswelle haben. Die Bundesregierung selbst erklärt, dass sie nicht weiß wie viele und wer sich eigentlich zur Zeit in Deutschland aufhalten, in den ersten Auffanglager. Wie viele und welche Menschen sie eigentlich wann an die

Kommunen weitergereicht haben. Und wir wissen, dass die IS sich gleichzeitig brüstet, Terroristen eingeschleust zu haben, in einer Losegröße von 4.000. Das war vor über einem Monat, oder 6 Wochen. Dann wissen wir was die Glocke geschlagen hat. Und dass Paris sich jederzeit in Deutschland wiederholen kann. (Zwischenruf: dass sie auf dem Weg nach Deutschland sind) So ist das, das ist auch mehrfach schon von anderer Seite gesagt worden, das letztlich alle Länder die Zuwanderer aufnehmen in diese Schwierigkeit kommen. Wir sehen ja dann auch wie das in Schweden geht, da hat es eine Serie von Vergewaltigungen gegeben, die schließlich gegenüber Bevölkerung nicht mehr darstellbar war. Dann hat sich die Regierung um entschlossen, und gesagt, bleibt bitte in Deutschland. Das sind ganz eklatante, wichtige Entwicklungen, die zeigen, dass es nicht anders geht. Österreich hat sich in den letzten 48 Stunden entschlossen, einen Zaun zu ziehen, in Richtung Slowenien. Und es ist auch klar, dass Deutschland unter Druck kommt weil es einen Migrationsdruck auf alle Länder erzeugt die zwischen den Erstaufnahmeländern in Europa, ich wiederhole, außerhalb Europa ist es die Türkei, aber in Europa: sind es Italien und Griechenland. Dass von dort ein Sog entsteht, der alle Länder mitbetrifft, die zwischen uns und diesen Ländern, Griechenland und Italien liegen, weil dort eben der Strom der Menschenmassen durchgeht. Einige bleiben natürlich hängen und bleiben dort. Das sind die Dinge, die uns in unserer Parteiarbeit ganz schwer getroffen haben, weil dann eben außen gekämpft werden muss, in Vorträgen, in Diskussionsbeiträgen, längeren Artikeln auf den Websites. Die Formulierung der Deutschen Mitte darf nicht leiden darunter, dass plötzlich so erhebliche Anforderungen bestehen. Die müssen also zunächst erfüllt werden, weil sie aktuell sind. Dann kommt erst im Nachgang die Programmarbeit. Wie gesagt, hätten wir diese Probleme nicht gehabt, dann wäre jetzt das Wirtschaftsprogramm der Deutschen Mitte fertig, und hätte ihnen schon vorgelegen, online. Wir sind jetzt bei über 30 Seiten des Programms. Es wird das mit Abstand längste Ressort-Programm. Denn wir haben nicht nur eine zentrale Bedeutung des Wirtschaftsprogramms deshalb, weil entweder die Wirtschaft sich entschließt unsere Politik zu unterstützen, oder wir werden eine Änderung der Verhältnisse in Deutschland niemals erwarten können oder anstreben können mit Aussicht auf Erfolg, ganz klar. Die Wirtschaft muss zu uns kommen, sonst wird es nicht geben. D.h. die Wirtschaftspolitik ist eindeutig eine Schlüsselpolitik für alles das was wir bewegen wollen. Das wiederum muss heißen, wir müssen darüber nachdenken wie geht Ethik in der Wirtschaft. Hier stellt sich nur, um das ganz kurz einmal zu sagen wie der Rahmen ist: Hier stellt sich dar, dass Wirtschaftspolitik in einem ethisch ausgerichteten Deutschland eine Dienstleistungspolitik sein muss, die den Menschen versteht UND die Wirtschaft. D.h. wir müssen von den Realitäten ausgehen, die Realitäten sind, dass wir hoch entwickelte Industrie haben, die indirekt und direkt für jeden sechsten Arbeitsplatz in Deutschland verantwortlich ist, das die Autoindustrie. Die hat Fertigungssysteme die just in time arbeiten, d. h. es gibt keine Läger mehr für Teile, die am Band verarbeitet werden, sondern und es wird für den Produktionsprozess direkt ans Band gefahren. Von meinen Zeiten in

Zusammenarbeit mit Volkswagen weiß ich, was das z. B. für das Werk Mosel-Zwickau bedeutet. Ein bis zwei Minuten Zeitdifferenz darf sein, für die Lkw, um am Werk anzukommen. Das bedeutet wiederum, der Staat muss insgesamt eine weitgehend ganz störungsfreie Infrastruktur bereithalten. Denkt auf diesem Hintergrund an die Migrationswelle die kommt, mit allen Unsicherheiten die da möglich sind. Und allen Terrormöglichkeiten die darin liegen, die ein Staatswesen wie unseres in einer Weise beeinträchtigen können, wie das alle anderen Staaten in Europa so vermutlich nicht haben, in dieser Härte und Schärfe.

Das wiederum bedeutet auch: Es wird ein ganz traditionelles Wirtschaften in Deutschland geben müssen, so wie es bisher kennen; und es wird parallel ein ganz anderes Wirtschaften geben müssen, so wie sich das Menschen vorstellen, die sagen: Mit diesem bisherigen System habe ich gebrochen, ich habe ein ganz anderes Lebensmodell, das sieht soundso aus und wo kann ich das in Deutschland leben? – oder komme ich damit unter die Räder, an den Rand der Gesellschaft mit der dauerhaften Armut – und Fördertöpfen ausgeliefert. Die Antworten im Wirtschaftsprogramm, das kann ich Ihnen schon sagen, als Einstimmung für das was kommen wird, sind relativ klar und einfach. Der Staat ist Dienstleister einer Pluralität von Angeboten an die Menschen in diesem Staat. Wer das möchte, wer das will, wer seine Lust, seine Neigung darin sieht und auch die Fähigkeit dazu mitbringt, mag in der Autoindustrie die üblichen Jobs machen. Auch diese traditionellen Industrien sind aufgerufen, ihr Angebotsmodell in der Personalpolitik zu erweitern und zu flexibilisieren. Da geht es um die berühmten Halbtagesstellen, da geht's um Stellen für junge Mütter, die wieder in den Beruf wollen, oder ihre Kinder und Beruf vereinen wollen. Das ist vielleicht ein Reformbedarf. Aber ganz neu ist, dass es vollkommen alternative Modelle gibt. Ich nenne mal expressis verbis, Gradido: von einem Mann, der hier persönlich ein ganz neues Wirtschaftsleben gefunden hat, entwickelt hat und mit mehreren 1000 Menschen bereits, dieses schon umsetzt. Oder es gibt das Arbeitsaustauschprogramm Minuto, wo Arbeitsleistungen getauscht werden. Und es gibt viele andere Dinge. Es gibt ganz eine neue Art des Landwirtschaftens mit Permakulturen. Es wird auf jeden Fall auch einen Hinweis darauf geben, bereits im Wirtschaftsteil, aber später auch bei Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, in diesem Ministerium, dass wir wollen und fördern wollen als Bundesrepublik Deutschland, dass es Landbesitz in jedes Menschen Hand gibt. Man braucht gar nicht viel Land um sich notfalls direkt aus dem Land ernähren zu können. Das wollen wir bereitstellen und das soll nach Möglichkeit mit Permakulturen bewirtschaftet werden, die naturnah sind, die nicht mehr mit riesigen Mengen von Düngesalzen den Boden vergiften und entsprechend die Grundwässer und so weiter. Dass wir ein Fracking-Verbot bekommen, versteht sich von selbst, darüber wollen erst gar nicht nachdenken. Dass Monsanto bei uns keinen Stich machen wird, das ist selbstverständlich, das sind die ganz einfachen Dinge. Aber in Wahrheit geht's darum, dass ganz verschiedene Lebensmodelle unter dem Dach dieser Bundesrepublik vollkommen gleichberechtigt nebeneinander existieren dürfen. Es kann sein, dass man ein Modell reicher wird, aber es kann

nicht sein, dass man mit einem anderen Modell das Menschen nützt, menschenfreundlich ist, naturfreundlich ist scheitern muss, weil der Staat nichts dafür vorsieht. Hier wird es eine Abstimmung mit den Füßen geben, nämlich in der Weise, dass wenn tausende von Menschen sich entscheiden für ein bestimmtes, alternatives System, dass der Staat helfend dazu kommt. Mit Expertise, nicht mit irgendwelchen Leitungsideen, sondern damit, dass er sagt wir unterstützen das nach bestem Wissen und Gewissen mit Ideen mit Ratschlägen wie man sich verbessern kann wie man auch die Existenzfähigkeit dieses Systems verbessern kann. Je mehr Menschen sich für ein bestimmtes System entscheiden, ich jetzt z. B. Gradido, weil so relativ groß ist, desto größer wird auch die Begleitung des Staates sein zum Beispiel unabhängige Wissenschaftler, die das untersuchen und die feststellen, wenn man es ein so ausgerichtet hat es jene Folgen, wenn man es anders ausrichtet andere Folgen. Aber die Menschen wählen die Art wie sie Geld verdienen wollen und wie sie leben wollen. Sie tragen allerdings auch die Verantwortung. (Zwischenfrage aus dem Plenum: Was ist Gradido?) Gradido ist ein System das weitgehend ohne Geld auskommt, das dazu führt, dass Leistungen unter den Mitgliedern einer Gemeinschaft verabredet werden und das das gesamte Kollektiv sozusagen von gemeinsam ausgetauschten Leistungen getragen werden kann. Ich bin kein Fachmann in diesen einzelnen alternativen Szenen. Sie werden auch einfach namentlich genannt und ohne Wertung unsererseits – darauf kommt es entscheidend an – nebeneinandergestellt. Dann kann man sehen, aha, das nimmt man als kleinen Anreiz sich weiter zu informieren und kann dann eben sich entscheiden: so oder so machen wir es. Die Systeme werden im praktischen Leben erweisen, wie tüchtig sie sind in der Praxis. Alle sind es oder sollen es werden: nebeneinander existenzfähig, weil wir sagen: Wenn dort etwas erwirtschaftet wird, wird der Staat nicht im Wege stehen mit Maßregeln, die die Konkurrenzfähigkeit der einzelnen Systeme untereinander beeinträchtigen. Sondern wir werden es so machen, dass die einzigen Regeln, die es gibt, besagen, dass diese Menschen in einem lebensstüchtigen System ihr Brot verdienen können müssen, das ist wichtig. Wir werden nicht entscheidend darauf Einfluss nehmen, dort möglichst viele Steuern zu gewinnen, sondern zunächst erst mal schauen, wie entwickelt sich das System. Es sind immer nur Minderheiten, die so etwas probieren, aber es ist doch sonnenklar, wenn wir die Welt heute angucken, mit begrenzten Ressourcen, mit einer kaputt geschlagenen Natur und großen Gefahren für beides, für Ressourcen und Natur und den Menschen natürlich immer mit darin, dass wir nach Alternativen suchen müssen. Da geht's schlicht um das ermuntern und das couragieren von solchem Suchen und nicht darum, dass man die Leute entmutiget und an den Rand stellt, und sagt ihr seid ja Spinner, Freaks, Ausgeschiedene aus der Gesellschaft. Das ist es nicht das Thema. Also wird es auch keine Mehrheit betreffen, was das angeht, aber es wird eine qualifizierte Minderheit betreffen, die zu interessanten Schlussfolgerungen kommen könnte. Eine interessante Schlussfolgerung, die schon erwiesen ist, das ist eben zum Beispiel das System der Permakultur. Oder dass man mit Orgonkräften in die Natur einwirkt und kann sogar eine Wüste

begrünen. Was ja inzwischen nicht nur in Marokko, Algerien usw. geschieht, sondern auch noch im Iran. Auch dort ist dieses System zwischen sehr erfolgreich. Das ist tatsächliche schon Vertragslage. (Einwurf aus dem Plenum) Ja man kann nicht alles wissen, man ist schließlich nur ein einzelner Mensch. Man forscht ja sowieso 1.000 Sachen hinterher. So mag dies vielleicht eine Anregung sein, sich um diese Dinge zu kümmern. Tatsache ist aber, Wirtschaftspolitik soll diese Dinge begleiten und ermutigen können, denn eins ist klar mit den bisherigen Methoden, diesen Spruch hat jeder schon mal gehört, müssen wir nicht erwarten, dass Dinge sich neu entwickeln. Wir müssen uns auch um andere Methoden kümmern. Das passiert hier Wirtschaftsprogramm. So müssen wir eben tatsächlich die Welt neu erfinden von jedem ministeriellen Spartenprogramm zum nächsten. Und immer wird es darum gehen, dass wir so wenig wie möglich Vorschriften machen: den bestehenden Verhältnissen. Sondern einfach sagen, aha, da gibt es folgende Alternativen, über die Medizin haben wir gesprochen, Herr Dr. Groß weiß das, wir haben zusammengesessen, er hat Konzepte geschrieben. Jetzt gibt es also inzwischen noch jemanden, der liefern kann. Ich wünsche beiden viel Erfolg. Es gibt noch mehr Mitglieder in der DM, die das auch wollen, dass wir eben sagen: Die bisherigen medizinischen Methoden schaden vielfach den Patienten und nützen nicht und tun nichts Gutes für die Gesellschaft. Wir haben eine Verteufelung der schonenden Homöopathie-Methoden. Zum Beispiel heißt es, das sei ineffizient und das sei ja gar nicht so erfolgreich und sowas. Oder das beruht ja im Prinzip auf dem Placeboeffekt, und was wir so alles hören. Ich erinnere noch mein Gespräch mit dem alten Bundespräsidenten Karl Carstens, dessen Frau, Dr. Veronika, eine Stiftung ins Leben gerufen hat, um die Homöopathie stärker aufzustellen, weil man sich bemüht: um den Nachweis der Effizienz dieser Methode. Das tut diese Carstens Stiftung über die er damals mit sehr warmen Worten sprach, der Karl Carstens, als wir zusammen saßen, dass die eben sehr stark und positiv bewegt. Diese Stiftung war sehr erfolgreich. Das wollen wir fördern. Wir wollen solche Methoden fördern, die erkennbar den Menschen weniger Schaden, als die alten die wir bisher haben, nur im Bereich der Medizin. So geht es weiter durch das Programm. Es ist sehr viel Arbeit. Ich kann also, wenn die Belastung durch die aktuelle Politik sehr stark wächst, nur sagen, das wird die Arbeit zurückwerfen, aber es kann sie nicht verhindern. Ich habe auch in den schlimmsten Zeiten immer wieder am Programm gearbeitet und es wird weitergehen. In Zukunft aber wollen wir mehr Expertise. Expertise heißt echte, tiefgreifende Perspektiven. Es geht nicht nur um gute Ideen. Die wollen wir auch, aber die werden das Thema nicht wirklich vertiefen, sondern es geht darum, dass man wirklich weiß worüber man spricht, und leistet schriftliche Beiträge. Darüber freut sich der Vorstand, wenn die bei uns eingehen. Zu jedem ministeriellen Thema. Es ist völlig ausreichend. Ich sag das mit Absicht hier, während die Kamera läuft, es ist völlig ausreichend, dass das betroffene Ministerium auf dem Beitrag draufsteht. Dann kann man einreichen. Dadurch wird das Ganze lebendig, und es bleibt nicht nur auf wenigen Schultern hängen. Kurz und gut, wenn wir also für den Bericht des Vorsitzenden an dieser Stelle etwas sehen wollen, dann ist es das: Die

Deutsche Mitte befindet sich in dem entscheidenden Sprung von einem Kurzprogramm auf sechs Seiten, wo die wichtigsten Hausnummern so genannt sind, dass wir mit Begeisterung neue Mitglieder bekommen. Zu einem Vollprogramm, das dann insgesamt etwa 180 Seiten stark sein wird und tatsächlich im Detail sagt, wo diese Politik hinzugehen hat und das ist bindend.

Das ist nicht eine Geschichte, über die dann die Bundesregierung mal freundlich darüber nachdenken kann und macht ansonsten das, lasst es uns ehrlich sagen, was ihr die Lobbyisten einflüstern. Das ist damit einfach zu Ende. Ab da beginnt programmatische Ministerialarbeit, ohne Rücksicht auf Lobbyisten; nicht allerdings ohne Rücksicht auf Menschen, DIE hatten wir bisher nicht ausreichend, das werden wir nicht so weiter fortsetzen.

Kurz zum Bericht, wir hatten das auch kurz geschrieben: Wir hatten einen großen Mitgliederzuwachs im Sommer. Der Mitgliederzuwachs ist hauptsächlich zwei Dingen zu verdanken. Das eine ist eine klare Programmatik, was Russland angeht und unsere Freundschaft mit Russland; und die radikale Abkehr vom Russland-feindlichen neuen Kurs der NATO auf Wunsch Washingtons, weil man im Grunde für die Bedürfnisse der Konzernmafia-Kartelle einen weiteren Konfliktherd braucht, der möglicherweise geeignet ist, Europa zu zerstören und damit Amerika als überlebende Macht sicherstellen hilft. Eine vollkommen absurde, schon gedanklich absurde Konstruktion. Offenbar ist nichts zu absurd, als dass es in der Politik nicht auch tatsächlich gemacht wird. Wir alle erinnern uns an die berühmte Rede von George Friedman, dem man auch an dieser Stelle nur danken kann.

Wichtig ist andererseits auch gewesen, natürlich, dass wir in der Frage der Anwendung einer Massenmigrations-Waffe, und ich sag noch mal, das ist keine Erfindung aus der deutschen Politik, das hat die amerikanische Professorin Kelly Greenhill 2010 geschrieben. Und die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die ja wirklich eher unverdächtig ist eines bestimmten, rechtsgerichteten, populistischen Extremismus, die das Buch hier vorgestellt hat im März 2011, als es bereits dem Diktator Gaddafi in Libyen ziemlich schlecht erging. Und man absehen konnte, dass, wenn diese westliche Politik durchgezogen wird, der Staat Libyen buchstäblich zu Bruch gehen könnte. Das wäre tatsächlich wichtig, dass wir uns klarmachen, dass diese Punkte in der Öffentlichkeit zu einem buchstäblichen Run auf die Deutsche Mitte, verglichen mit vorher und mit der kleinen Verbreitung, geführt haben.

Das ist auch eigentlich ermutigend: Wir sehen, wenn eine Krise kommt, dann können die Zahlen anschwellen. Wir haben jetzt immer noch täglich Eintritte. Das ist erfreulich. Ich denke, wenn die Wirtschaftspolitik draußen ist, das wird auf jeden Fall im Monat Dezember spätestens der Fall sein, also noch vor dem neuen Jahr. Dann werden wir einen neuen Rutsch an Mitglieder deshalb bekommen, weil viele sehen, dass die solide finanzielle wirtschaftliche Grundlage für eine geänderte Bundespolitik in allen Ministerien und allen Ressorts tatsächlich

möglich ist und erfolgversprechend ist. Da freue ich mich drauf, ich freue mich, wenn dieser Riesenbatzen Wirtschaftspolitik abgeschlossen sein wird, und wir tatsächlich so etwas vorlegen können.

Ich denke, und dann komme ich zum Schluss, ich denke, es könnte in den nächsten Monaten bis zum Bundesparteitag zu vorgezogenen Bundestagswahlen kommen; ich habe dabei im Hinterkopf, es muss nicht so kommen, es kann jedoch passieren, dass wir vorher Wahlen haben. Dann müssen wir so antreten, wie dann halt gerade sind, hilft nichts. Eines ist jedoch klar in diesem Jahr muss die Eintragung in die Parteiliste, die Unterlagensammlung wie es mit dem Fachwort heißt, des Bundeswahlleiters erfolgen. Damit wir startfähig sind. Dazu dient dieser Bundesparteitag. Ich kann nur sagen, danke, wir haben mit der Verabschiedung der Satzungsänderung die entscheidende Hürde für den Bundeswahlleiter dies auch zu tun, bereits überwunden. Von der Mitgliederzahl ist das alles kein Problem. Wir werden tatsächlich noch Aufrufe bekommen, in den nächsten Wochen für den Bundeswahlleiter auch. Dass wir als Deutsche Mitte politisch aktiv werden heißt, wir stellen uns da wo wir leben vor die jeweiligen Ämter, das kann also die Landesregierung sein, oder es kann das Bürgermeisteramt sein. Mit Plakaten der Deutschen Mitte und mit den entsprechenden Slogans, die wir brauchen, dass wir sagen, wir wollen endlich wieder Frieden und Freundschaft mit Russland. Wir wollen keine weitere NATO-Kriegstreiberei in Nahost. Oder wir wenden uns der Zuwandererwelle zu, dass wir sagen, offene Grenzen für alle Migranten, die da kommen wollen, werden Deutschland nicht befördern und die Migranten nebenbei gesagt auch nicht glücklich machen, weil wir nämlich inzwischen die Friedenspolitik, deren Ausbleiben die Grundlage von allem Übel ist, versäumen. ‚Grenzen auf‘ heißt, noch ein Chaos oben draufsetzen auf den Krieg, der in den Heimatländern dieser Menschen schon jetzt schon stattfindet. Das ist sozusagen ein doppeltes mieses Betragen gegenüber den Menschen, die hier durch Europa laufen. Das werden wir nicht mehr unterstützen. Dann wird es Slogans geben. Zu bestimmten Terminen rückt sozusagen die DM aus, ich auch, alle wie wir da sind. Wir werden das in Potsdam und Berlin betreiben mit unseren Plakaten und werden als die paar Menschen, die wir sind, auf die Straße gehen. Das haben wir schon einmal sehr erfolgreich gemacht in der Neuen Mitte. Das war auch populär. Jawohl, wir sind politisch aktiv. Wir sind eine Partei. Wir sind nicht wegzuwischen, wir können bundesweit solche Aktionen starten, auch wenn da nur wenige Leute teilnehmen, macht überhaupt nichts, wir sind da. Wir sind nicht wegzuleugnen. So richten Sie sich bitte darauf ein, in ein paar Wochen wird es dazu ein Aufforderung geben, los geht's, paar Ideen für Slogans und dann gehen wir mal nach vorne und zeigen überall Flagge. Zum Drucker zu gehen und für ein paar Euro Parteiplakate zu basteln. Ich habe hier ein kleines Muster gemacht, was man auch auf ein Transparent machen könnte untereinander und dann eben das DM Logo mit unserem Slogan, gehen wir dann nach vorn. Eindeutig wiedererkennbar. Das sind tatsächlich die nächsten Schritte, die anstehen.

Im Prinzip bedeutet das für uns alle wir müssen ein bisschen Geduld haben, aber es bedeutet auch, wir müssen uns darauf einstellen, dass wir erheblich viel mehr Mitglieder bekommen. Wir haben heute jetzt schon eine enorme Geschlossenheit und Disziplin gezeigt in den Sachfragen, das wird sich jetzt noch fortsetzen, so wie wir die notwendigen Gremien hier besetzen werden; und dann wird sich ganz schnell herausstellen, dass die Leute dies tatsächlich beeindruckend finden, weil sie auch merken, da wird nicht rumgesponnen, da wird auf jeden Fall gesagt was Sache ist und nicht, wie soll man sagen, versucht, den Leuten ein U für ein X vorzumachen.

Das finde ich entscheidend auch als Gegenbild zu dem, was wir von anderen Parteitagern gewohnt sind. Wo die politischen Aussagen kommen und wir das Gefühl ach du lieber Himmel. Das geht auch noch tief in die Organisation, dass die Menschen da sozusagen von der Parteispitze belogen und nahezu eingeschworen werden, oft auf Tatsachenzusammenhänge, die so gar nicht stimmen. Die auch gar nicht tragfähig sind. Die Republik geht unterwegs erkennbar vor die Hunde. Der Sicherheitsapparat quietscht. Die Polizisten haben Überstunden geleistet in Bayern und Baden-Württemberg, dass denen die Augen tränen. Die Bundespolizei kann diese Überstunden gar nicht mehr abfeiern, dann müsste man sie zu lange in zu großen Zahlen nach Hause schicken. Das sind die Fakten, die da wichtig sind. Es wird null Rücksicht genommen, nicht auf die Kommunen, nicht auf die Beamten. Es gibt jetzt eine kleine interne Revolte im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BAMF, wo gesagt wurde, es gebe systemische Schwächen. Was im Grunde nichts anderes heißt, als dass die Mitglieder dieses Amtes ihrem Chef das Zeugnis ausstellen, dass er seinen Job nicht kann. Normalerweise müsste so ein Mann den Hut nehmen. Daran wird hier gar nicht gedacht, de Maizière hat den Mann berufen. Er kommt, wie wir ja wissen, aus der Arbeitsagentur. Wir wissen ja auch, was sogar Mainstream-Debatte ist, dass jeder zweite Bescheid dieser Agentur falsch ist. Wenn ich der Chef einer Agentur wäre, wo jeder zweite Bescheid falsch ist, dann bin ich wahrscheinlich nicht beförderungs- und auch noch zusatzverwendungsfähig für die entscheidende Behörde im Fall des Einsatzes dieser Massenmigrationswaffe. Das ist so absurd, das kann man sich gar nicht vorstellen.

Unter diesen Umständen müssen wir auch klar sagen, es wird sich dieser Parteitag, es wird sich die innerparteiliche Diskussion, es wird sich die Programmgestaltung so erheblich von dem unterscheiden, was die etablierten Parteien hier vorlegen, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten mit weiteren erhöhten Eintrittszahlen rechnen müssen. Es wird eine Riesenherausforderung sein, der wir uns jetzt durch die Arbeit von Marcus Fenske und Alexandra Ripke erst überhaupt gewachsen fühlen können, es wird eine Riesenaufgabe sein, dies gut in der Deutschen Mitte zu integrieren. Zu schauen, dass alle zu Wort kommen, dass die Post beantwortet wird. Da drängt sich Alexandra enorm rein: vielen Dank auch an dieser Stelle. Da gibt es ganz schöne Zahlen jeden Tag. (Beifall) Vielen Dank für Marcus, dass er die Technik zur Verfügung gestellt hat, die tatsächlich tragfähig ist, und sogar mir erklärbar.

Im Wesentlichen geht es für uns darum, dass wir ausstrahlen, jawohl, uns wieder offen freuen: auf neue Mitglieder! Wir freuen uns auf weitere Kräfte, die wir brauchen, wenn diese Republik eine Chance auf Veränderung haben will. Wir werden beim nächsten Mal vielleicht doppelt so viele Menschen sein und die dann schon älteren Hasen die werden sich daran erinnern, wie wir hier, mit einer kleinen Truppe ganz wunderschön untergebracht, die Grundlagen dafür in der Satzung gelegt haben. Beim nächsten Mal geht's um die Grundlagen im Programm und den Einstieg in den Bundeswahlkampf. Ich sage vielen Dank. Wir werden jetzt in die Aussprache hineingehen diese Aussprache möchte ich nicht leiten. Ich möchte Wolfgang bitten nach vorn zu kommen und hier die Stimmen aufzurufen, die etwas dazu beitragen möchten. Wenn Bedarf ist antworte ich natürlich.

Vielen Dank.

Ich wünsche uns allen hier in Kassel weiterhin einen wunderbaren 1. Bundesparteitag der Deutschen Mitte.
